

Jahresbericht des „Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand“

Migration: ein Balanceakt

Wenn Ordnungspolitik auf Menschenrechte stößt

VON JOELLE MERGES

Am internationalen Tag der Kinderrechte veröffentlicht das „Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand“ traditionsgemäß seinen Jahresbericht. Im Mittelpunkt der diesjährigen Ausgabe steht das Thema Migrantenkinder.

Dabei denkt man häufig an die in Luxemburg gestrandeten minderjährigen Flüchtlinge, doch das Thema beschränkt sich nicht nur auf diese Kinder, erklärte René Schlechter. Der neue Vorsitzende des ORK ist seit knapp einem Jahr im Amt. Die Vorstellung des elften Jahresberichts war für den Nachfolger von Marie-Anne Rodesch-Hengesch gestern also quasi eine Premiere.

Das Thema Migration beschäftigte das Ombudskomitee in den zurückliegenden Monaten gleich mehrfach. Schlechter erzählte den Fall eines Vaters, der befürchtete, seine aus Ägypten stammende Frau könne die gemeinsame Tochter mit in ihre Heimat nehmen: In dem arabischen Land werden Genitalbeschneidungen von Mädchen trotz Verbots weiter praktiziert.

Große Sorgen bereitet dem Ombudskomitee die Lage von Flüchtlingskindern in Luxemburg. Schlechter ging auf den Fall von vier Brüdern ein, die vor knapp zehn Jahren nach Luxemburg einwanderten - der Jüngste war damals acht Jahre alt - und seitdem auf eine geregelte Aufenthaltserlaubnis warten: „Für diese jungen Leute muss es doch eine Lösung geben“, mahnte der ORK-Präsi-



Derzeit ist das ORK dem Familienministerium (im Bild Amtsinhaber Marc Spautz) angegliedert. ORK-Präsident René Schlechter (re.) wünscht sich mehr Unabhängigkeit. (FOTO: MARC WILWERT)

dent. Nicht abfinden will Schlechter sich mit der Lage in den Flüchtlingsheimen, wo es vorkomme, dass Eltern mit ihren Kindern über Monate hinweg in einem einzigen Zimmer untergebracht seien. Diese Art der Promiskuität „war ein kleiner Schock für mich“, gestand der Vorsitzende des Ombudskomitees. „Sonderbar“ sei ihm auch die Haltung einer Gemeinde im Norden des Landes vorgekommen, die sich bereit erklärt habe, neben den bereits dort lebenden Flüchtlingen zusätzliche Asylsuchende aufzunehmen; die Kinder dieser zugezogenen Familien wollte man jedoch nicht in der

kommunalen Schule aufnehmen, sondern in eigens geschaffene Betreuungsklassen abschieben, und dahin sollten auch die Kinder jener Familien versetzt werden, die bereits seit Jahren die Schule der fraglichen Gemeinde besuchten. „Das ist ein klarer Fall von Segregation, das geht gar nicht“, beschied René Schlechter. Da keine gütliche Einigung gelang, entschlossen sich die betroffenen Familien zum Umzug in eine andere Gemeinde.

Diese Fälle machen deutlich, dass man sich beim Thema Flüchtlinge auf unsicherem Terrain bewegt: „Es handelt sich dabei um

eine Problematik, bei der Ordnungspolitik auf Menschenrechte stößt. Dabei können Reibungsflächen entstehen. Unsere Aufgabe ist es dafür zu sorgen, dass die Balance zugunsten der Menschenrechte ausschlägt“, meinte der ORK-Vorsitzende.

Aus dem Jahresbericht 2013 geht hervor, dass das Ombudskomitee sich in diesem Jahr mit 96 neuen Fällen beschäftigte und 146 Kinder betreute. An die Instanzen werden insgesamt 27 Empfehlungen formuliert. Dazu gehört der Wunsch nach mehr Unabhängigkeit durch eine Angliederung an die Abgeordnetenversammlung.